

## Dr. Klaus Haertel zur Erhöhung der Elternbeiträge für die städtischen Tageseinrichtungen für Kinder

Anrede,

ich würde mich freuen, wenn wir heute über etwas anderes reden könnten, als einen Erhöhung der Elternbeiträge in unseren Kindergärten. Sie kennen die aktuelle Diskussion um die Bedeutung einer frühkindlichen und vorschulischen Betreuung von Kindern in Deutschland. Von ihrer Programmatik her tritt die SPD dabei konsequent für den **Rechtsanspruch auf eine beitragsfreie öffentliche Kindererziehung** ab dem 1. Lebensjahr ein. Aktuelle Finanzierungskonzepte werden hierzu im Moment diskutiert. In der SPD gibt es hierzu auch keine Diskussion, wie in konservativen CDU Kreisen, ob die Mutter nicht doch besser ins Haus und an den Herd gehört. „Kinder, Küche, Kirche“, ich dachte eigentlich dieses Frauenbild hätte sich selbst in der CDU überlebt.

Das Angebot einer kostenlosen vorschulischen Betreuung lässt sich jedoch nicht als kommunale Aufgabe verwirklichen, sondern nur durch das Land (**wie es in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht oder) oder besser bundesweit und – das sollte selbstverständlich sein - ohne die Kommunen finanziell zu belasten – sei es eine finanziell gut dastehende Gemeinde, sei es eine arme Stadt wie Gelsenkirchen.**

### Auswirkung des Wegfalls des Elternbeitragsdefizitausgleichs auf Gelsenkirchen

Ich möchte, das kann ich Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU nicht ersparen, kurz den Ursprung unsere heutigen Diskussion um die Elternbeiträge in Erinnerung rufen, denn wir beschäftigen uns ja nicht freiwillig damit.

Das Land, genauer **Ihre** Regierung hat ab dem Kindergartenjahr 2006/2007 den Ausgleich für von der Stadt nicht erzielbare Einnahmen aus Elternbeiträgen - Zielgröße sind dabei 19 % der Kosten - in Höhe von **1,25 Mio. Euro pro Jahr** (600.000 Euro für 2006) ersatzlos gestrichen. Einfach so, um den eigenen Haushalt zu sanieren. **Unabhängig von fachpolitischen Erwägungen**, unabhängig von deren finanzieller Verantwortung, **unabhängig von deren politischer Verantwortung!**

Und das jetzt neu angekündigte Kindergartengesetz lässt die gleichen Mechanismen befürchten. Das Land erlässt ein neues Gesetz, entlastet Kirchen und freie Träger, wogegen wir nichts haben solange der, der die Musik bestellt auch dafür zahlt. Nur hier deuten sich schon wieder dramatische Zusatzbelastungen, höher als die in Rede stehenden Kürzungen aus dem vergangenen Jahr an.

Erst aber noch mal zurück zu den Auswirkungen des vergangenen Jahres. Dem Ganzen wurde ja noch die Krone aufgesetzt, in dem gleichzeitig von **Haushaltssicherungsgemeinden** wie Gelsenkirchen verlangt wurde, diesen vom Land verursachten Ausfall **vollständig** (und auch rückwirkend für 2006) **durch Erhöhung der Elternbeiträge** oder **Einsparungen bei anderen sogenannten freiwilligen Leistungen im Jugend- und Sozialbereich** zu kompensieren.

Hierzu gab es eine Anweisung des Regierungspräsidenten an den Oberbürgermeister die Beiträge entsprechend zu erhöhen. **Dies hätte so zu Erhöhungen von z.T. weit über 50**

**% geführt. Die Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder, ein wichtiges familienfreundliches Merkmal unserer bewährten Beitragsstaffel wäre nicht mehr möglich gewesen.**

Dieser Rat hat am 14. Dezember 2006 dieses Ansinnen folgerichtig einstimmig abgelehnt.

## **Funktion der generellen Ablehnung und Haltung der CDU:**

**Funktion** dieses ablehnenden Beschlusses war, die Auflage der Bezirksregierung (die mit Rückendeckung des Innenministers erfolgt war) eine volle Kompensation oder aber Einsparungen bei Leistungen wie z. B. der kostenlosen Schulmilch für Einkommensschwache vorzunehmen, eindeutig zurückzuweisen und zu einer für Eltern und Stadt verkraftbaren Haltung zu kommen. **Dies wurde insbesondere von der CDU betont!**

Der CDU-Stadtverordnete Heinberg sprach deshalb noch im Dezember 2006 im JHA von „**einer maßvollen Erhöhung, an der man nicht vorbeikommen wird**“. In seiner Rede im Rat am 14.12.2006 „**erwartete er von der Verwaltung, dass in 2007 ein vertretbarer Satzungsantrag ..... entwickelt wird**“ Unausgesprochen wurde dies auch von der SPD so gesehen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle etwas ausführlicher aus der Rede des Kollegen Heinberg zu zitieren, um seine grundsätzliche Haltung zur Erhöhung von Beiträgen zu verdeutlichen:

*Ich zitiere: „Historisch hat unser Dilemma ja unter anderem auch die Ursache, dass die jetzt gültigen Elternbeiträge seit 1993 nicht mehr angepasst wurden.“*

Und etwas später dann zu seinem Gestaltungsprinzip in Sachen Gebühren:

**„Lieber mäßig aber dafür auch, hoffentlich mit großen Intervallen, regelmäßig Gebühren und Beiträge anpassen, als alles auf einen Schlag zu realisieren.“**

Sein Fazit also: seit 1993 hätten die Beiträge eben schon öfter angepasst werden müssen, dann hätten wir nun kein, oder eben ein kleineres Problem.“

Aus dieser, noch in der letzten Ratssitzung geäußerten Position „eigentlich hätten wir ja schon viel öfter erhöhen müssen, jetzt abzuleiten, dass die vorgelegte geringfügige Beitragserhöhung für die CDU nicht tragbar sei, wird der Kollege Heinberg später sicher versuchen zu erklären. Ich bin gespannt darauf! Dann schlagen Sie doch eine aus Ihrer Sicht maßvolle Erhöhung, die man aus Ihrer Sicht Jahr für Jahr vornehmen sollte konkret vor.

## **Wie ging es nach der Ratssitzung weiter**

Der geschlossene Widerstand in Gelsenkirchen zeigte Wirkung und führte in der Landtagsfraktion der CDU, dem Innenministerium und der Bezirksregierung zu einer weicheren Haltung.

## **Kompromiss: Ein Drittel der ursprünglichen Verpflichtung muss durch Mehreinnahmen erreicht werden**

Nach der Verfügung des RP, 70 % der wegfallenden Summe durch Erhöhungen zu erzielen, verhandelte der OB mit dem Regierungspräsidenten über die Höhe einer möglichen Kompensation in Gelsenkirchen.

**Das Ergebnis: der RP akzeptiert Mehreinnahmen von 200.000 Euro in 2007 (ab August) und dann folgerichtig 480.000 Euro ab 2008.**

Das Ergebnis dieses Kompromisses ist seit Mitte Januar dieses Jahres bekannt, niemand der das kleine Einmaleins beherrscht, kann sich also über die nun im Raum stehenden Summen wundern, oder sie plötzlich als zu hoch erachten.

Erzielt wurde ein Ergebnis, dass im Volumen nur 1/3 der ehemals geforderten Summe ausmacht. Die **SPD-Fraktion** hat zu diesem Kompromiss des Oberbürgermeisters **ihre Unterstützung signalisiert**, sofern die Erhöhung **sozialverträglich** gestaltet würde.

Auch die **CDU** signalisierte zu diesem Weg in **Analogie zu den öffentlichen Äußerungen** von Dezember 2006 ihre **Zustimmung** (*Pressemeldung vom 19.01.2007: starkes Signal, richtiger Weg...*), die Grünen waren an diesem Punkt aus grundsätzlichen Überlegungen nicht mehr zu Zugeständnissen gegenüber dem RP bereit. Sie haben ihre Haltung bis heute auch nicht geändert und werden dies erläutern.

Die SPD-Fraktion hatte jedoch bereits im Januar in diesem Kompromiss eine Chance für den Rat gesehen, das Heft selber in der Hand zu behalten und begrüßt daher mit kleinen Änderungen die vorgelegte Tabelle, die ich nun kurz bewerten und erklären will:

## Wertung der neuen Beitragstabelle

Wir schlagen vor, im Gegensatz zum Vorschlag der Verwaltung keine Beitragsstaffel zu senken, obwohl wir die Intention dieses Vorschlages durchaus verstehen können. Uns war es aber genauso wichtig, die Erhöhung für ca. dreiviertel der Schlecht- bis Mittelverdiener so gering wie möglich zu halten. Deshalb unserer Änderungsantrag.

- Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung fällt **niedriger** als ein **Inflationsausgleich** für die gestiegenen Kosten im Zeitraum 1993-2007 aus
- Familien mit geringem Einkommen, fast 40% in allen Angeboten, bleiben weiterhin beitragsfrei
- Die Elternbeiträge können ab 2006 beim **Lohnsteuerjahresausgleich** geltend gemacht werden; die **Steuerersparnis ist in der Regel deutlich höher als die heute vorgeschlagene Beitragserhöhung in den oberen Einkommensgruppen** (Seit 2006 können 2/3 der Kosten für die Kinderbetreuung bis zur maximalen Kostenhöhe von 4.000 Euro abgesetzt werden)
- Es gibt eine verbesserte **Beitragsgerechtigkeit** durch engere, differenzierte Staffeln in den unteren Einkommensgruppen
- Für ca. 75 % der Eltern gibt es nur geringfügige Erhöhungen (so für Kindergärten bis zu maximal 4 €/ Monat!); nach unseren Gesprächen mit betroffenen Eltern wird das auch so gesehen, keiner muss wegen Erhöhungen von 3 oder 4 € wie in den unteren Staffeln sein Kind aus dem Kindergarten abmelden
- **Die Geschwisterkinder** bleiben **beitragsfrei**, auch das ein Erfolg!
- Die **Erhöhung** gilt **zeitverzögert** erst ab dem nächsten Kindergartenjahr ; (August 07), nicht sofort oder sogar rückwirkend für 2006 wie vom RP zuerst gefordert und in den anderen umliegenden Städten erfolgt; auch das ein Erfolg!

## Haltung der SPD-Fraktion

Nach dem Stand heute bleibt festzustellen:

- Für die SPD hat sich die Situation durch den für uns nicht nachvollziehbaren Sinneswandel der CDU nicht geändert, wir **beurteilen die Lage weiterhin sachbezogen und nicht politisch taktisch**. Es geht uns um seriöse Politik und **nicht um Effekthascherei**. Wir alle wissen: Der Regierungspräsident sitzt am längeren Hebel. Wir wissen: am Ende der Auseinandersetzung wird (leider) eine Beitragser-

höhung stehen.

**Wir wollen diese Beitragstabelle selber verantwortungsvoll gestalten und uns nicht aus Münster fremdbestimmen lassen. Wir wollen diesen engen Gestaltungsspielraum für unsere Stadt nutzen**

- die SPD wird sich daher **für einen Kompromiss mit dem RP** und damit hier im Rat für die von der Verwaltung vorgeschlagene sozialverträgliche Beitragserhöhung aussprechen
- **Wenn die vorgelegte Beitragstabelle heute vom Rat abgelehnt wird, steht am Ende eine Ersatzvornahme durch den RP. Nur Sandmännchen können behaupten, dass der RP angesichts der vielen Städte, die ihre Beiträge inzwischen erhöht haben, für Gelsenkirchen eine Ausnahme durchgehen lässt.**
- **Es ist also nicht auszuschließen, dass eine weniger sozial verträgliche Lösung durchgesetzt wird, um mehr Einnahmen zu erzielen. Die schriftliche Verfügung des RP, dass 70% der ausgefallenen Mitten zu erzielen sind, steht immer noch im Raum!**
- Wir sehen diesen Beschluss aber auch im größeren **Zusammenhang mit anderen großen Projekten der Stadtentwicklung** wie dem Eigenanteil bei Stadtteilprogrammen, dem Tossehof, dem Hans-Sachs-Haus, dem angestrebten Grundstücksfonds. Hier ist die Stadt auf die haushaltsrechtliche Zustimmung des RP angewiesen ist. Wer nicht zeigt, dass er trotz Magengrimmens und Bauchschmerzen auf Grund der Haushaltslage nicht zum Sparen sozialverträglich bereit ist, ***hat jegliches Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit und den politischen Handlungswillen verspielt. Er verspielt jegliches Vertrauen bei den Aufsichtsbehörden, er verspielt politische Handlungsspielräume, er verspielt Zukunftschancen unserer Stadt.*** Ohne diese Projekte kann Gelsenkirchen nicht zukunftsfähig gemacht werden. Setzen sie dies nicht aufs Spiel.
- **Noch einmal: Eine Zustimmung des RP zu Ausgaben für Stadtumbau und Stadterneuerung und Strukturwandel (gerade durch die aktuellen Kohlepolitischen Beschlüsse unaufschiebbar) ist nur zu erwarten, wenn die Politik unserer Stadt ehrliche, erkennbare Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung erkennen lässt. TAKTIK ersetzt nicht VERANTWORTUNG, ist in diesem Fall VERANTWORTUNGSLOS und SCHÄDLICH für unsere STADT!**
- Wir **bedauern**, dass es trotz intensiver Bemühungen unsererseits bis heute in den späten Morgen nicht gelungen ist, **zu einer gemeinsamen Position** der demokratischen Kräfte im Rat zu kommen.

## **Zusammenfassung**

Wir fordern die anderen demokratischen Fraktionen in diesem Rat auf, nicht verantwortungslos die Gefahr einer Ersatzvornahme durch die Bezirksregierung aus taktischen, populistischen Erwägungen in Kauf zu nehmen sowie Grundsatzüberlegungen pragmatisch hinten an zu stellen und eine abgewogene, sachlich begründete, verantwortungsbewusste Entscheidung im Sinne des Gemeinwohls der Gesamtstadt zu fällen.